Grünliberale

GRÜNE ALLSCHWIL/SCHÖNENBUCH

Budgetantrag

Konto 7690.3130, Dienstleistungen Dritter (Übriger Umweltschutz), neue Position «Pilotprojekt Tigermücke 2027» (alternativ 7690.3636 Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck, je nach Vertragsform).

Antrag

Im Budget 2027 wird auf Konto 7690.3130 ein einmaliger, zweckgebundener Betrag von CHF 50'000 für die Mitfinanzierung eines Pilot- oder Studienprojekts zur aktiven Bekämpfung der Asiatischen Tigermücke in Allschwil eingestellt.

Der Gemeinderat wird damit beauftragt, mögliche Partnerschaften zu prüfen, insbesondere (aber nicht ausschliesslich) mit dem Schweizerischen Tropen- und Public Health-Institut (Swiss TPH), der Fachhochschule Südschweiz (SUPSI), dem Amt für Umweltschutz und Energie des Kantons Basel-Landschaft (AUE) und dem Kantonalen Laboratorium Basel-Stadt, und mit einem geeigneten Partner eine Vereinbarung abzuschliessen, mit der Allschwil 2027 Studiengebiet für die Evaluation wirksamer Bekämpfungsmethoden wird.

Die Methode ist offen, in Frage kommen etwa sterile Männchen (SIT), CO2-Massenfallen, Hausbesuche durch Fachpersonen oder verbesserte Larvizid-Dosiersysteme (wie z.B. von Vectevio). Das Projekt wird mit dem AUE abgestimmt und, wo es fachlich sinnvoll ist, mit Basel-Stadt.

Es handelt sich ausdrücklich um eine einmalige Ausgabe zur Beschleunigung. Strategie und Koordination bei invasiven Arten bleiben Sache des Kantons; die Gemeinde übernimmt damit weder dauerhaft Kosten noch Aufgaben des Kantons.

Grundlage

Allschwil ist seit 2022 Befallsgebiet der Asiatischen Tigermücke und Bekämpfungszone des Kantons. Die Gemeinde gibt heute biologisches Larvizid (Bti) an Haushalte ab und behandelt mit den Regiebetrieben die Schlammsammler auf öffentlichem Grund, neu im ganzen Gemeindegebiet.

Die Lage hat sich 2025 und 2026 verschlechtert. Der Forschungsleiter des Swiss TPH, Pie Müller, bilanzierte im Oktober 2026 für die Region Basel: «In diesem Jahr waren wir nicht gut in der Bekämpfung.» Es wurden deutlich mehr Tigermücken gezählt als im Vorjahr, viele Eier überwintern.

Gleichzeitig entstehen neue Methoden, die über Larvizid und Information hinausgehen: Im Tessin testet die SUPSI unter der Leitung der Biologin Eleonora Flacio die Sterile-Insekten-Technik (SIT). Im ersten Versuch in Morcote ging der Tigermückenbestand gemäss Projektleitung um über 90 Prozent zurück. 2025 wurde die Methode auf offenere Gebiete in Losone und Ascona ausgeweitet; in Losone nahm die Zahl der Tigermücken nach wenigen Wochen bereits um 40 Prozent ab. Wissenschaftlich publiziert ist bisher erst der Kleinversuch in Morcote von 2022, die Resultate aus Losone und Ascona noch nicht. Im österreichischen Graz setzte das städtische Gesundheitsamt 2025 zusammen mit dem FAO/IAEA-Zentrum während sieben Wochen 804'500 sterile Männchen in einer Kleingartenanlage von 15 Hektaren aus. Die Schlupfrate der Eier sank um rund 70 Prozent, im Kontrollgebiet stieg sie leicht an. 2026 hat Graz das Programm auf bis zu zwei Millionen Männchen in drei Stadtbezirken ausgeweitet. Basel-Stadt führt 2026 Hausbesuche in Einfamilienhausquartieren durch; im Grossen Rat ist eine Anfrage hängig, ob der Kanton einen eigenen SIT-Pilotversuch in einem stark betroffenen Quartier prüft (Jérôme Thiriet, Geschäft 26.5341, Antwortfrist 24. November 2026). Das Swiss TPH, mit

Sitz in Allschwil, will 2027 in der Region Basel Methoden gegen erwachsene Mücken evaluieren; welche Methode und wo, ist noch offen.

Der Kanton Basel-Landschaft unterstützt das SIT-Forschungsprojekt der SUPSI und beteiligt sich am Interreg-Projekt TIGER 2.0 zu CO2-Massenfallen (2026 bis 2028). Vor einem Einsatz von SIT in der Region hält der Regierungsrat eine Machbarkeitsstudie für nötig, deren Kosten das Swiss TPH auf rund CHF 50'000 schätzt (LRV 2024/530). In der Fragestunde des Landrats vom 27. August 2026 hat Flavia Müller (Grüne, Allschwil) nach der Lage in Allschwil gefragt (LRV 2026/5777). Der Regierungsrat zählt Allschwil zu den besonders betroffenen Gemeinden. Einen SIT-Einsatz nur in Allschwil hält er für beschränkt zielführend; er müsste mit Basel-Stadt und den Nachbarn in Frankreich und Deutschland abgestimmt werden. Das AUE wertet die Saison im Herbst mit den betroffenen Gemeinden aus und prüft mit ihnen zusätzliche Massnahmen für 2027 und deren Finanzierung.

Für Allschwil mit sehr hoher Mückendichte bedeutet das: Die Studien laufen, aber ohne Beitrag der Gemeinde kommen sie nicht nach Allschwil. Mit einem einmaligen Beitrag kann sich die Gemeinde 2027 als Studiengebiet einbringen und erhält als Gegenleistung Daten darüber, welche Massnahmen bei uns wirken und was sie kosten. Der Kanton plant die Massnahmen für 2027 jetzt zusammen mit den Gemeinden. Mit einem Betrag im Budget kann Allschwil in diesen Gesprächen ein konkretes Angebot machen.

Begründung

Der Beitrag ist bewusst einmalig und zweckgebunden. Für Strategie und Koordination bei invasiven Arten ist der Kanton zuständig; die Gemeinde soll ihm nicht dauerhaft Arbeit oder Geld abnehmen. Mit der Bindung an eine Vereinbarung mit einem Forschungspartner und dem Kanton ist sichergestellt, dass die wissenschaftliche Begleitung gesichert ist und die Resultate in die kantonale Strategie einfliessen. Weil der Regierungsrat einen SIT-Einsatz nur in Allschwil für beschränkt zielführend hält, legt der Antrag keine Methode fest und verlangt die Abstimmung mit dem AUE. Ein gemeinsames Studiengebiet mit Basel-Stadt entlang der Kantonsgrenze ist damit möglich. Kommt keine Vereinbarung zustande, wird der Betrag nicht ausgegeben.

Mit CHF 50'000 liegt der Antrag in der Grössenordnung der SIT-Machbarkeitsstudie, die der Kanton für nötig hält, und deutlich über dem, was eine Tessiner Gemeinde für einen SIT-Standort bezahlt. Zum Vergleich: Graz bezahlte für eine Million steriler Männchen rund 18'000 Euro. Der Betrag sollte damit für einen Beitrag zu einem fachlich begleiteten Feldversuch mit einer oder mehrerer der genannten Methoden reichen.



Christian Jucker, für die GLP-Grüne Fraktion

SVP Die Partei des Mittelstandes · Grünliberale · FDP Die Liberalen · Die Mitte Allschwil–Schönenbuch

Budgetantrag Personal Museum

Konto 3111.3010, Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals (Kultur allgemein), sowie 3111.3050 bis 3111.3055 Sozialversicherungsbeiträge

Antrag

Die beiden im Budget 2027 neu eingestellten Stellen im Bereich Kultur werden gestrichen: Projektleitung Kultur (70 %, öffentlich-rechtlich) und Betriebsunterstützung Ortsmuseum (60 %, privatrechtlich). Konto 3111.3010 wird um rund CHF 144'000 gekürzt, die Sozialversicherungsbeiträge 3111.3050 bis 3111.3055 um rund CHF 25'000. Der Stellenetat Kultur sinkt um 0.7 Vollzeitstellen.

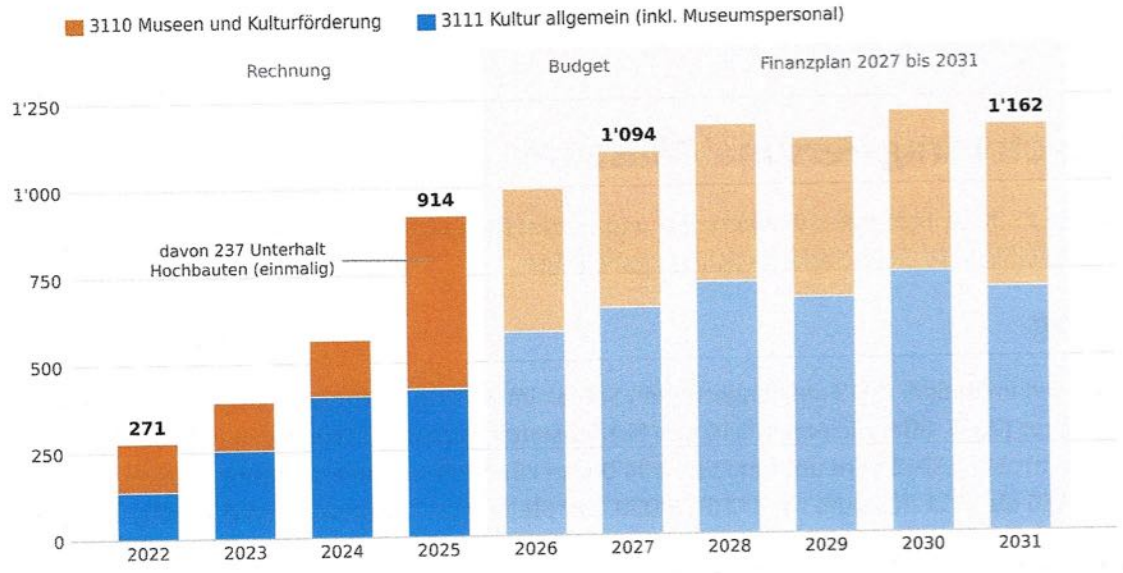
Betroffene Budgetpositionen

Konto	Bezeichnung	Budget 2027	Antrag (neuer Betrag)
3111.3010	Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal	425'206	281'206 (-144'000): Streichung Projektleitung Kultur (70 %) und Betriebsunterstützung Ortsmuseum (60 %)
3111.3050 bis 3055	Sozialversicherungsbeiträge	75'627	50'627 (-25'000): Sozialversicherungsbeiträge der zwei gestrichenen Stellen

Begründung

Der Personalaufwand im Konto 3111.3010 steigt gegenüber dem Budget 2026 um CHF 151'193 (+55 %). Laut Gemeinde stecken darin zwei neue Stellen, eine Projektleitung Kultur (70 %) und eine Betriebsunterstützung Ortsmuseum (60 %), dazu 8.5 % Hauswartung aus der Funktion 2170. Der Stellenetat weist nur die 0.7 öffentlich-rechtlichen Stellen aus. Tatsächlich wächst der Bereich um 1.3 Vollzeitstellen.

Der Nettoaufwand Kultur (Funktionen 3110 und 3111) hat sich von CHF 270'772 in der Rechnung 2022 auf CHF 1'094'073 im Budget 2027 vervierfacht. Der Finanzplan sieht bis 2031 weiteres Wachstum vor.



Der Bericht 4640C rechnete mit Betriebskosten des Museums von rund CHF 210'000 pro Jahr. Die Funktion 3110 allein liegt bereits darüber, ohne das Personal in 3111 und vor der Wiedereröffnung. Die FIREKO hat schon zum Budget 2026 festgehalten, dass dieses Wachstum dem Bericht 4640C widerspricht. Trotzdem werden weiter externe Beratungen beigezogen (vgl. Antrag zu Konto 3110.3132).

Der Museumsbetrieb läuft laut Gemeinde bis Ende 2028, danach bleibt das Museum wegen Umbau bis 2030/31 geschlossen. Für einen Betrieb, der in zwei Jahren schliesst, braucht es kein zusätzliches Personal. Den Personalbedarf für die Wiedereröffnung soll der Gemeinderat in der Sondervorlage ausweisen, die noch 2026 an den Einwohnerrat gehen soll.

Christian Jucker

Corinne Probst Gadola

Urs Pozivil

Fredy Rellstab

Im Namen der GLP, Mitte, FDP und SVP Allschwil-Schönenbuch

SVP Die Partei des Mittelstandes · Grünliberale · FDP Die Liberalen · Die Mitte Allschwil–Schönenbuch

Budgetantrag Honorare externe Berater

Konto 3110.3132, Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten (Museen und Kulturförderung)

Antrag

Das Konto 3110.3132 wird um CHF 90'000 auf CHF 50'000 gekürzt. Die Konzeption der Dauerausstellung ist über den bestehenden Verpflichtungskredit «Neukonzeption und Realisierung Museum» (Sondervorlage vom 26.04.2017, Restkredit CHF 716'538) oder über die angekündigte Sondervorlage zum Haus für Kultur und Geschichte zu finanzieren.

Betroffene Budgetpositionen

Konto	Bezeichnung	Budget 2027	Antrag (neuer Betrag)
3110.3132	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten; gemäss Gemeinde: 90'000 Konzeption Dauerausstellung (Kostenschätzung, einmalig) + 50'000 übrige Ausstellungsprojekte	140'000	50'000 (Kürzung um 90'000)

Begründung

Das Konto steigt gegenüber dem Budget 2026 um CHF 50'000 (+56 %) und liegt mehr als viermal über der Rechnung 2025 (CHF 32'535). Grund sind gemäss Gemeinde einmalige CHF 90'000 (Kostenschätzung) für die externe Konzeption der Dauerausstellung.

Diese Konzeption bereitet die Wiedereröffnung des Museums 2030/31 vor und gehört zum Investitionsprojekt, nicht zum laufenden Betrieb. Gemäss Erläuterung des Gemeinderats im Budget 2027 umfasst der Kredit «Wiedereröffnung Museum Allschwil» (3110.5040.05, CHF 3.25 Mio.) «Einrichtung und Szenographie für den beabsichtigten Ausstellungsbetrieb»; eine Projektskizze Szenographie liegt bereits vor. Die erste Tranche dieses Kredits (CHF 60'000) will die Gemeinde gemäss ihrer Antwort erst nach dem Beschluss des Einwohnerrats auslösen. Für die Konzeption der Dauerausstellung muss dasselbe gelten. Die Sondervorlage zum Haus für Kultur und Geschichte soll gemäss Gemeinde noch 2026 an den Einwohnerrat gehen. Dort kann er das Gesamtprojekt beurteilen.

Die externen Honorare sind Teil eines Kostenwachstums, das die Planung Jahr für Jahr nach oben getrieben hat. Der Nettoaufwand der Funktion 3110 ist von CHF 137'011 (Rechnung 2022) auf CHF 444'240 (Budget 2027) gestiegen (x 3.2), der gesamte Bereich Kultur (3110 und 3111) von CHF 270'772 auf CHF 1'094'073 (x 4.0). Die im Bericht 4640C genannten Betriebskosten von rund CHF 210'000 pro Jahr sind mehr als verdoppelt, bevor das Museum wiedereröffnet ist, während die Investition mit jedem Finanzplan nach hinten rückt (2027, 2028, jetzt 2030/31).

Zudem steigt der Personalaufwand im Bereich Kultur mit zwei neuen Stellen um CHF 151'000 (+55 %). Schon im Vorjahr bezeichnete die FIREKO den Beizug externer Hilfe trotz neuer Museumsstelle als Widerspruch zum Bericht 4640C.

Christian Jucker

Corinne Probst Gadola

Urs Pozivil

Fredy Rellstab

Im Namen der GLP, Mitte, FDP und SVP Allschwil-Schönenbuch

SVP Die Partei des Mittelstandes | Grünliberale | FDP Die Liberalen | Die Mitte Allschwil–Schönenbuch

Budgetantrag Sondervorlage Tagesstrukturen

Funktionen 2181 Tageskindergarten, 2182 Tagesschule (Erfolgs- und Investitionsrechnung): Erweiterung der Tagesstrukturen um zwei zusätzliche Standorte

Antrag

Sämtliche Positionen im Budget 2027, die mit der Erweiterung der schulergänzenden Tagesstrukturen um zwei zusätzliche Standorte ab Schuljahr 2027/2028 zusammenhängen, werden gestrichen beziehungsweise auf das Niveau ohne Ausbau gekürzt (Positionen gemäss nachstehender Tabelle). Die Stellenplanerweiterung um 8.2 Vollzeitstellen für die Tagesstrukturen wird dadurch indirekt nicht bewilligt.

Der Gemeinderat wird aufgefordert, dem Einwohnerrat so rasch als möglich eine Sondervorlage zur Erweiterung der Tagesstrukturen zu unterbreiten, welche Standorte, Modulbau (Kauf oder Miete), Stellen, Betriebskosten, Subventionen und Elternbeiträge gesamthaft darstellt. Nach dem Beschluss des Einwohnerrats können die notwendigen Mittel mit einem Nachtragskredit oder im Budget 2028 eingestellt werden.

Betroffene Budgetpositionen

Konto	Bezeichnung	Budget 2027	Budget 2026	Antrag
2182.5040.01	Modulbau Tagesstrukturen (Investitionsrechnung, NNB)	2'300'000	0	Nur zur Referenz, da NNB.
2182.5060.01	Mobiliar Tagesstrukturen (Investitionsrechnung, BU)	370'000	0	Kürzung um 370'000, neu 0 CHF
2182.3161	Mieten, Benützungskosten Mobilien (Miete Modulbau, Container oder Einmietung)	90'000	0	Kürzung um 90'000, neu 0 CHF
2182.3120	Ver- und Entsorgung (Energie, Wasser Modulbau)	60'000	0	Kürzung um 60'000, neu 0 CHF
2182.3110	Büromöbel und -geräte	19'000	1'500	Kürzung um 17'500, neu 1'500 CHF
2181.3010	Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal, Tageskindergarten	553'393	413'734	Kürzung um 131'633, neu 421'760 CHF (*)
2182.3010	Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal, Tagesschule	1'196'994	1'063'101	Kürzung um 113'269, neu 1'083'725 CHF (*)
2181/2182.3050 bis 3055	Sozialversicherungsbeiträge auf den neuen Stellen	95'471 / 187'073	80'393 / 168'026	Kürzung um 13'518 / 15'787, neu 81'953 / 171'286 CHF (*)

* Budget 2026 plus Teuerung plus Erfahrungsstufenanstieg

Begründung

Mit dem Budget 2027 sollen ab dem Schuljahr 2027/2028 zwei zusätzliche, provisorische Standorte für die Tagesstrukturen eröffnet werden. Der dafür nötige Modulbau (CHF 2.3 Mio.) ist als nicht beschlossener Kredit (NNB) eingestellt und soll per Sondervorlage beschlossen werden. Alle übrigen Bestandteile des Vorhabens würden aber bereits mit dem Budget bewilligt: das Mobiliar (CHF 370'000), 8.2 zusätzliche Vollzeitstellen samt Personalaufwand, die Miete und die Nebenkosten eines Modulbaus sowie die höheren Subventionen und Elternbeiträge. Gemäss Finanzplan steigt der Personalaufwand der Tagesstrukturen ab 2028 dauerhaft um rund CHF 953'000 pro Jahr gegenüber dem bisherigen Finanzplan. Im Budget 2027 ist davon nur ein Teil sichtbar, weil die neuen Standorte erst am 1. August 2027 öffnen: Der Personalaufwand der Funktionen 2181 und 2182 steigt 2027 um CHF 311'477 gegenüber dem Budget 2026.

Ein Ausbau dieser Grössenordnung (dauerhaft über CHF 1 Mio. pro Jahr, 8.2 Stellen, Investition von CHF 2.7 Mio.) gehört in eine Vorlage, über die der Einwohnerrat gesamthaft befinden kann: Bedarf, Standorte, Bauweise, Betriebskosten und Finanzierung. Bis zu diesem Entscheid kann der Ausbau nicht über das Budget bewilligt werden. Auch ist mit dem Budget unklar worüber der Einwohnerrat entscheidet: Das Budget enthält Miete und Kauf nebeneinander, obwohl pro Standort nur eine der beiden Lösungen umgesetzt wird.

Die Streichung ist keine Absage an die Tagesstrukturen, sondern verlangt den Weg über eine Vorlage im Einwohnerrat, die der Gemeinderat so schnell als möglich in den Rat bringen soll.

Christian Jucker

Corinne Probst Gadola

Urs Pozivil

Fredy Rellstab

Im Namen der GLP, Mitte, FDP und SVP Allschwil-Schönenbuch

Grünliberale

FDP
Die Liberalen

Budgetantrag Streichung Witterungsschutz Bushaltestellen

Funktion 6230 Agglomerationsverkehr (Investitionsrechnung): Position 5040.03 Witterungsschutz Bushaltestellen 2, Haltestellen «Zum Sporn» und «Spitzwald» der BLT-Linie 49

Antrag

Bei der Position 6230.5040.03 «Witterungsschutz Bushaltestellen 2» werden gestrichen: die Tranche 2027 über CHF 30'000 sowie der mit dem Budget zu bewilligende Gesamtkredit (BU) über CHF 310'000. Damit entfällt auch die im Finanzplan für 2028 vorgesehene Tranche von CHF 280'000.

Betroffene Budgetposition

Konto	Bezeichnung	Budget 2027	Gesamtkredit	Antrag
6230.5040.03	Witterungsschutz Bushaltestellen 2 (Investitionsrechnung, BU)	30'000	310'000	Streichung Tranche 2027 (neu CHF 0) und Streichung Gesamtkredit 310'000 (BU)

Begründung

Der Einwohnerrat hat Ende 2024 bereits über einen Witterungsschutz bei der Haltestelle Spitzwald diskutiert. Damals beantragten die GLP (Budgetantrag 4745B.1) und die FDP-Fraktion (Budgetantrag 4745B.8) die Streichung der Investition über CHF 155'000 (Konto 6230.5040.02). Begründet wurde dies damit, dass keine nachvollziehbaren Kriterien bestehen, welche Haltestellen überdacht werden. Zudem weist die Haltestelle Spitzwald eine eher tiefe Frequenz auf, während stärker genutzte Haltestellen auf Kantonsstrassen ohne Witterungsschutz auskommen müssen. Der Gemeinderat hielt in seiner Stellungnahme selbst fest, dass er den Unterstand bei der Haltestelle «Zum Sporn» schon im Rohbudget gestrichen hatte, weil es in unmittelbarer Nähe Möglichkeiten zum Unterstehen gibt.

Nach unserem Wissen hat sich an dieser Ausgangslage nichts geändert. Dass nun zusätzlich die damals vom Gemeinderat ausgeschlossene Haltestelle «Zum Sporn» aufgenommen wird, erschliesst sich uns noch weniger. Auch der Budgettext macht das Vorhaben davon abhängig, dass die Standorte anhand nachvollziehbarer Kriterien priorisiert werden können. Eine solche Priorisierung liegt nicht vor. Wir beantragen deshalb, die Position zu streichen.

Christian Jucker

Urs Pozivil